

Niederschrift

der X/13. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 17. Februar 2022
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Großer Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Matthias Albers
Hans-Georg Bette
Markus Bette
Ulrich Cater
Dr. Thorsten Conze
Angela Degner
Dieter Eickelmann
Michael Eiloff
Rudolf Ewers
Michael Franke
Hartmut Fust
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Alexander Gödeke
Hubertus Guntermann
Marco Guntermann
Hubertus Heuel
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Maike Ochsenfeld
Luca Putzu
René Rinke
Hannah Roßwinkel
Heinz-Josef Rötz
Bernd Schrewe
Andreas Schulte
Günter Schütte
Hubert Stratmann
Daniel Sztul
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs
Dietmar Weber

Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtverwaltungsrat Andreas Plett

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Horst Broeske
Katja Lutter
Dr. Matthias Schütte

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung ist in der Einladung aufgeführt. Herr König teilt mit, dass er mit Schreiben vom 14.02.2022 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um

TOP 7 Zahlung von Sitzungsgeld für Online-Fraktionssitzungen Vorlage X/390

zu ergänzen. Die dazugehörige Vorlage X/390 wurde den Ratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Verschiedenes würde dann TOP 8.

Bedenken gegen diese Ergänzung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Einführung eines neuen Ratsmitgliedes	X/384
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Straßen- und Wegekonzept der Stadt Schmallenberg - Beschlussfassung über das Straßen- und Wegekonzept (1. Fortschreibung)	X/360
4.	Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der Besetzung der Gestaltungsbeiräte	X/343
5.	Nachbesetzung in Ausschüssen	X/385
6.	Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand	X/356
7.	Zahlung von Sitzungsgeld für Online-Fraktionssitzungen	X/390
8.	Verschiedenes	

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | | |
|----|--|-------|
| 1. | Veräußerung von Gewerbeflächen im Gewerbepark Hochsauerland | X/378 |
| 2. | Veräußerung von Bauplätzen im Baugebiet "Zum Parmberg" im Stadtteil Dorlar | X/370 |
| 3. | Ankauf von Biotopwertpunkten im Bereich Bad Fredeburg | X/369 |
| 4. | Verschiedenes | |

A. ÖFFENTLICHER TEIL**TOP 1 Einführung eines neuen Ratsmitgliedes****X/384**

Herr König führt aus, dass Herr Roman Schauerte durch Mandatsverzicht am 15.12.2021 aus dem Rat ausgeschieden sei. Als Nachrücker sei Herr René Rinke festgestellt worden, der die Ersatzbestimmung mit Wirkung vom 20.01.2022 angenommen habe. Die Verpflichtung von Herrn Rinke sei bereits am 24.11.2020 als sachkundiger Bürger des Bezirksausschusses Schmallenberg erfolgt.

Herr König begrüßt Herrn Rinke herzlich in der Stadtvertretung.

TOP 2 Einwohnerfragestunde**Bauvorhaben von sechs Mehrfamilienhäusern (57 Wohneinheiten) mit Tiefgarage und Nebengebäude im Stadtteil Grafschaft, An der Almert**

Es meldet sich Herr Georg Schütte aus Grafschaft. Er erklärt, dass er eine Geschichte über ein Bauprojekt in Grafschaft an der Straße "An der Almert" neben dem Alpin-Hotel erzählen möchte. Als das damalige Maritim-Hotel an Herrn Julius veräußert worden sei, sei eine Fläche von ca. 4.000 m² im Bereich des Parkplatzes von der Veräußerung nicht betroffen gewesen. Eine für diesen Bereich bestehende Baugenehmigung sei verlängert worden. Jetzt habe es Maritim geschafft, die Fläche an eine Investorengesellschaft zu verkaufen. Soweit er das verstanden habe, sei die Baugenehmigung so weit fortgeschritten, dass dort ein Gebäudekomplex mit sechs Mehrfamilienhäusern und insgesamt 57 Wohneinheiten sowie eine Tiefgarage entstehen werden. Gemessen an der Einwohnerzahl von Grafschaft bedeute das eine Erhöhung der Einwohnerzahl von 10 %. Daher müsse versucht werden, das Bauvorhaben abzuwenden. Er bringt zum Ausdruck, dass er mit der Baugenehmigung nicht einverstanden sei und fordert die Politik auf, eine Lösung zu finden, um das Riesen-Projekt abzuwenden. Keiner habe bisher die Anwohner informiert. Er empfiehlt, nach dem Investor mal zu googeln. Diesem gehe es nur darum, das Grundstück zu erwerben, eine Baugenehmigung zu erhalten und das Grundstück dann frisch zu machen, um es dann wieder zu verkaufen. Es müsse nach einer Lösung gesucht werden, wie man da wieder rauskomme.

Herr König erwähnt ein heutiges Telefongespräch mit Herrn Schütte und teilt mit, dass für kommenden Montag, 21.02.2022 eine Nachbarschaftsversammlung im Pfarrheim in Grafschaft geplant sei. Die Verwaltung werde morgen dazu einladen. Dann werde es umfängliche Informationen geben. Außerdem sei eine größere Informationsveranstaltung im März geplant. Wünschenswert wäre, dass auch der Investor daran teilnehmen würde, aber es gebe von ihm keine Rückmeldung dazu.

Herr Dicke erläutert, dass es sich bei der Fläche um sog. "Innenbereich" handele. Dort seien Vorhaben zulässig, wenn sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Der Investor plane jetzt die Umsetzung der vorliegenden Baugenehmigung. Das weitere Verfahren sehe so aus, dass als nächstes die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden, die dann Gutachten abgeben. Wenn diese positiv ausfallen, sei die Baugenehmigung zu erteilen. Diese könne nicht versagt werden, weil dann ein Recht auf die Baugenehmigung bestehe.

Herr Georg Schütte fragt, was denn sei, wenn die Stadt das Grundstück vom Investor zurückkaufe. Er ist der Meinung, dass die Stadt einen Weg weisen müssen, um das Vorhaben abzuweisen.

Herr Andreas Schütte meldet sich und teilt mit, dass gegenüber seines Grundstückes die Tiefgarage hinkomme. 57 Wohneinheiten bedeuten, dass auch mindestens 57 Autos aus der Tiefgarage kommen und deren Scheinwerfer scheinen ihm dann ins Haus. Er weist darauf hin, dass das Baugebiet Klosterblick in Grafschaft genehmigt worden sei und auch in Richtung Schanze gebe es neue Bauplätze. Also sei ein weiterer Ausbau geplant. Deshalb bezweifle er, dass weiterer Baubedarf bestehe. Es sei gesagt worden, dass Bedarf an Wohnungen für Beschäftigte des Instituts und des Klosters bestehe. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass eine Krankenschwester sich in dem neuen Gebäudekomplex eine Wohnung leisten könne. Außerdem habe das Alpin-Hotel in Zukunft keine Möglichkeit mehr, um Busse zu parken. Er fragt, ob die Ratsmitglieder wissen, wie die Belastungen durch ein Hotel seien. Er befürchte, das Verkehrsaufkommen des Hotels und die Lärmbelästigung werden durch das Bauvorhaben potenziert. Insbesondere weist er auf die Immissionen durch die Tiefgarage hin. Seiner Meinung nach bestehe kein Bedarf für das Bauvorhaben.

Herr Dicke erläutert, dass die Immissionen von dem allgemeinen Parkplatz und des Busparkplatzes des Hotels sowie der Tiefgarage im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens von der Immissionsschutzstelle kontrolliert werden. Zum Parkplatz erwähnt er, dass das Alpin-Hotel den Parkplatz zwar nutze, aber kein Eigentümer sei.

Herr Andreas Schütte erklärt, wenn das durchgezogen werde, sei das der Todesstoß für das Alpin-Hotel. Er fragt, ob das gewollt sei.

Herr König verdeutlicht, dass dort Baurecht bestehe. Wenn der Bauherr alle Voraussetzungen erfülle, habe er einen Anspruch auf eine Baugenehmigung. Die von den Herren Schütte vorgetragenen Argumente seien verständlich, aber kein Beurteilungskriterium nach dem Baugesetzbuch und der Bauordnung. Die Baugenehmigungsbehörde sei an Gesetz und Recht gebunden.

Herr Andreas Schütte legt dar, dass sich das Bauvorhaben nach § 34 BauGB in die Umgebung einzupassen habe. Er fragt, wo es denn in der Umgebung eine zweistöckige Tiefgarage mit sechs Mehrfamilienhäusern obendrauf gebe.

Herr Dicke teilt mit, dass in diesem Zusammenhang die Geschossigkeit geprüft werden müsse. Und das Alpin-Hotel sei deutlich höher als das geplante Bauvorhaben, dessen äußeres Erscheinungsbild sich der Umgebung anpasse.

Herr König schlägt zum weiteren Verfahren vor, zunächst die Versammlung am kommenden Montag durchzuführen und die Dinge dort zu besprechen. Sollten sich aus dem Gespräch Ansatzpunkte ergeben, die in das Genehmigungsverfahren einzubeziehen wären, würden diese einfließen, wenn sie im Sinne des Baugesetzbuches relevant seien.

Herr Andreas Schütte bemerkt, dass das Erscheinen heute den Rat aufrütteln sollte. Er kritisiert, dass in Grafschaft nur Gerüchte kursieren, die Anwohner nicht informiert werden und das Bauvorhaben nur durch Zufall erfahren haben.

Herr Dicke weist abschließend darauf hin, dass eine Baugenehmigung für den Bereich seit Mitte der 1990er Jahre vorliege und es vorher mehrfach Gespräche zu diesem Thema gegeben habe.

**TOP 3 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Schmallenberg
- Beschlussfassung über das Straßen- und Wegekonzept
 (1. Fortschreibung)**

X/360

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Herr König verweist auf die den Ratsmitgliedern aufgrund der Vorberatung im Technischen Ausschuss vorgelegte Ergänzung zur Vorlage X/360. Diese habe eine Korrektur des Konzeptentwurfes zum Inhalt und zwar sei die Straßenbaumaßnahme "Schulstraße, Grafschaft" von der Tabelle der beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen nun der Tabelle der voraussichtlich beitragsfreien Straßenbaumaßnahmen zugeordnet worden. Zudem sei die Anregung im Ausschuss, die für die einzelnen Straßenbaumaßnahmen veranschlagten Kosten- bzw. Haushaltsansätze im Straßen- und Wegekonzept darzustellen, umgesetzt worden.

Herr Wiese fragt, wo die im letzten Herbst noch gelistete Uentropstraße in Lenne vom Ortschild in Richtung Wulwesort abgeblieben sei und ob das eine Co-Finanzierung mit der TG sei.

Herr Dicke teilt mit, dass im Rahmen der Straßenbereisung des Technischen Ausschusses gesagt worden sei, dass dieser Bereich nach hinten geschoben werde. Ob das eine Co-Finanzierung mit der TG sei, könne er nicht sagen. Die Besichtigung habe ergeben, dass die Straße noch nicht in einem so schlechten Zustand sei. Die Straße werde irgendwann wieder auftauchen.

Herr Eickelmann spricht die Formulierung "voraussichtlich beitragsfreie Straßenbaumaßnahmen" an. Gerade die Frage der Beitragspflicht werde natürlich die Anwohner interessieren.

Herr Plett erläutert, dass die Formulierung aus dem verbindlichen Muster für ein Straßen- und Wegekonzept stamme. Aus heutiger Sicht gebe es beitragsfreie Maßnahmen, die dort gelistet seien. Bei der späteren konkreten Planung und Umsetzung einer Straßenbaumaßnahme könne der Fall eintreten, dass ein Tiefausbau erforderlich werde, der dann Beitragspflicht auslöse.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt das der Ergänzungsvorlage X/360 vom 11.02.2022 beigefügte Straßen- und Wegekonzept (1. Fortschreibung).

**TOP 4 Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der
Besetzung der Gestaltungsbeiräte**

X/343

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Hans-Georg Bette erklärt, dass er als Mitglied im Gestaltungsbeirat Schmallenberg der Meinung sei, dass die Zusammenarbeit dort über die Fraktionsgrenzen hinaus konstruktiv sei. Und er habe auch nicht den Eindruck, dass es an Sachverstand mangle. Er sehe keinen Bedarf, etwas an der Zusammensetzung der Gestaltungsbeiräte zu ändern.

Die Stadtvertretung beschließt bei zwei Enthaltungen der Die PARTEI-Fraktion einstimmig, den Antrag abzulehnen.

TOP 5 Nachbesetzung in Ausschüssen

X/385

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Von den Fraktionen sind Nachfolgebesetzungen vorgeschlagen worden, die Bürgermeister König dreigeteilt zur Abstimmung stellt; zunächst die Beschlussfassung zu a), c) und d) zusammen und dann getrennt b) mit dem Teilbereich Bezirksausschuss Schmallenberg sowie b) mit dem Teilbereich Technischer Ausschuss.

Die Stadtvertretung fasst jeweils einstimmig folgende Beschlüsse, wobei Bürgermeister König nur bei der Nachfolgebestellung für den Bezirksausschuss Schmallenberg unter b) mitgestimmt hat:

- a) Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolge für das ausgeschiedene Ratsmitglied Roman Schauerte für den **Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur** Herrn René Rinke als ordentliches Mitglied. Als persönlicher Stellvertreter wird Herr Daniel Sztul bestellt.

Für den **Haupt- und Finanzausschuss** wird Herr René Rinke als persönlicher Stellvertreter für das Ausschussmitglied Daniel Sztul bestellt.

- b) Die Stadtvertretung bestellt für den **Bezirksausschuss Schmallenberg** Frau Birgit Rinke als ordentliches Mitglied. Als persönlicher Stellvertreter wird Herrn René Rinke bestellt.

Für den **Technischen Ausschuss** wird Herr René Rinke als persönlicher Stellvertreter für das Ausschussmitglied Sven Siegert bestellt.

- c) Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolge für den ausgeschiedenen stellvertretenden sachkundigen Bürger Reinert Linn für den **Technischen Ausschuss** Herrn Sebastian Kewekordes als persönlichen Stellvertreter für das Ausschussmitglied Dietmar Weber.

- d) Die Stadtvertretung bestellt auf Vorschlag des Deutschen Kinderschutzbundes, Ortsverband Schmallenberg, als Nachfolge für das ausgeschiedene stimmberechtigte stellvertretende Mitglied Birgit Rickert für den **Jugendhilfeausschuss** Frau Nicole Hömberg als persönliche Stellvertreterin für das stimmberechtigte Mitglied Maria Störmann-Deppe.

TOP 6 Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand

X/356

Der aktuelle Sachstand der Fraktionsanträge ist in der Vorlage aufgeführt.

Herr Meyer erklärt, dass über den Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 26.04.2021 auf "Grundsatzentscheidung zur sukzessiven Umstellung des städtischen Fuhrparks auf alternative Antriebe zur Vermeidung von lokalen CO₂-Emissionen" bisher nur der Energie- und Klimabeirat befunden habe, eine Entscheidung aber nur der Rat treffen könne. Das Gleiche

gelte für den Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 26.04.2021 auf "Grundsatzentscheidung zur Wärmeerzeugung bei Sanierung von Gebäuden der Stadt Schmallenberg". Seines Wissens müsste auch hierzu der Rat den Beschluss fassen.

Herr König sagt zu, diese beiden Punkte über die zuständigen Ausschüsse an den Rat zu geben. Dies würde für die nächste Sitzungsrunde vorbereitet.

Herr Vollmer ergänzt, dass das auch für den Antrag der SPD-Fraktion vom 02.07.2021 auf "Klimaneutrale CO₂-freie Stadt Schmallenberg" gelte.

Herr König erklärt, dass alle drei Anträge den Weg über die zuständigen Ausschüsse an den Rat gehen.

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

TOP 7 Zahlung von Sitzungsgeld für Online-Fraktionssitzungen X/390

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung neu in die Tagesordnung aufgenommen.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn König kurz erläutert.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, dass aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie rückwirkend ab 01.01.2022 bis zum 30.06.2022 Fraktionssitzungen zur Vorbereitung der Gremienarbeit neben Präsenz-Sitzungen weiterhin auch in Form von Telefon- bzw. Videokonferenzen und Online-Sitzungen stattfinden können, für die unter Beachtung der in § 12 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg festgelegten Höchstzahl von Fraktionssitzungen Sitzungsgeld gezahlt wird, wenn eine Online-Fraktionssitzung im gleichen Rahmen stattfindet, wie eine gewöhnliche Fraktionssitzung.

TOP 8 Verschiedenes

TOP 8.1 Neuaufstellung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte

Herr Dicke berichtet, dass eine Neuaufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts notwendig werde und dies der Rat am 15.12.2020 beschlossen habe. Die Konzepte für den Kernort Bad Fredeburg und den Kernort Schmallenberg befinden sich derzeit in Bearbeitung. Eine erste Beteiligungsphase beginne im März mit einem Bürgerforum und einer Online-Beteiligung. Die Auftaktveranstaltung für Bad Fredeburg finde am 02.03.2022 um 19:00 Uhr online statt und die für Schmallenberg am 03.03.2022 um 19:00 Uhr. Daneben werde es Flyer und E-Mails geben. Danach werden Werkstattgespräche zur Erarbeitung der neuen Leitziele und Maßnahmen erfolgen. Bis Sommer solle das Rahmenkonzept stehen und eine erneute Bürgerbeteiligung erfolgen, hoffentlich dann wieder in Präsenz.

TOP 8.2 Mehrfach vorkommende Straßennamen im Stadtgebiet

Herr Wiese erläutert, dass es kürzlich wieder einen Fall einer Verwechslung eines mehrfach vorkommenden Straßennamens gegeben habe. Ein Rettungswagen sei in den falschen Ortsteil der Ringstraße gefahren. Dabei sei wertvolle Zeit verstrichen. Er wisse nicht, ob es

ausreiche, sich darauf zu verlassen, dass Anrufer einer Notfall-Nummer immer den Ortsteil bei der Straße nennen. Er habe Sorge, diesen Zustand so aufrecht zu erhalten.

Herr Ewers gibt Herrn Wiese recht. Er habe den Eindruck, die Umbenennung der mehrfach vorkommenden Straßennamen sei nicht gewollt. Aber der Vorfall jetzt zeige, dass es notwendig sei, das zu ändern.

Herr Meyer führt aus, dass er vor Jahren einen Kompromissvorschlag dergestalt gemacht habe, dass die Anwohner bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgefordert werden, einen Vorschlag für eine neue Straßenbezeichnung zu unterbreiten.

Herr Marco Guntermann berichtet, dass man die Abschaffung einer mehrfach vorkommenden Straßenbezeichnung in seiner Straße hinbekommen habe. Er plädiert dafür, mit den Anwohnern zu sprechen und nicht von oben herab eine Umbenennung vorzugeben. In seiner Straße sei das relativ problemlos durchgegangen.

Herr Vollmer erklärt, dass es unstrittig sei, die Anwohner zu beteiligen. Die Frage sei nur, was mit Konsequenzen sei, wenn die Anwohner nicht mitmachen. Da müsse er Herrn Meyer Recht geben. Man solle sagen "Ihr habt Zeit bis ...", wenn die Anwohner sich dann nicht einigen, müsse die Stadt entscheiden. Irgendwo müsse eine Konsequenz stehen. Denn irgendwann kommt ein Rettungswagen zu spät. Er denke, man müsse zuerst mit den Anwohnern reden, aber ein Zeitlimit müsse sein und auch die Ankündigung von Konsequenzen. Sonst gebe es kein Ergebnis.

Herr Weber befürchtet, dass die Freiwilligkeit nicht klappen werde und meint, dass zunächst die Politik sagen müsse, dass sie jetzt die Abschaffung von mehrfach vorkommenden Straßennamen wolle und Verwaltung beauftragen müsse, das umzusetzen.

Herr Marco Guntermann gibt zu bedenken, dass überlegt werden müsse, dass nur ein Ortsteil den Namen behalten könne.

Herr Winkelmann legt dar, dass das Thema Verteilschlüssel ein massives Problem werde. Da habe man schon oft einen massiven Widerspruch erlebt. Das sei eine Herausforderung. Zum Fall der von Herrn Wiese angesprochenen Ringstraße in Schmallenberg/Bracht fragt er, ob Kontakt zur Leitstelle aufgenommen und nachgefragt worden sei, ob neben der Straße auch der Ortsteil abgefragt werde. Er spricht sich dafür aus, mit den Bürgern in einen Konsens zu treten und nicht von oben herab zu entscheiden.

Herr von Weichs führt in Richtung von Herrn Vollmer aus, dass er nicht verstehe, was innerhalb der Frist passieren soll. Außerdem findet er, dass Herr Weber ein komisches Demokratieverständnis habe, denn die Mehrheit habe für die aktuelle Verfahrensweise gestimmt. Aber er signalisiert Bereitschaft, über Änderungen zu sprechen.

Herr Ewers ist der Meinung, dass die Bürger mit ins Boot genommen werden und geschildert werden müsse, was passiere, wenn es zu keiner Abschaffung von mehrfach vorkommenden Straßennamen kommt. Das Thema müsse jetzt unbedingt angegangen werden.

Herr Sztul spricht sich anhand des Beispiels Ringstraße für eine einfache Lösung, z. B. aufgrund der Straßenlänge, aus.

Herr Dietmar Albers schlägt vor, das Thema mit in die Fraktionen zu nehmen und in einer der nächsten Sitzungen über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Herr Eickelmann stellt dar, dass der Ansatz sein solle, objektive Kriterien zu Entscheidung zu finden und das Ganze auf sachlicher Ebene abzuwickeln. Er schließt sich dem Vorschlag von

Herrn Albers an, das Thema zunächst in den Fraktionen und dann in einer der nächsten Ratssitzungen zu beraten.

Herr König berichtet, dass bei den Rettungswachen in der näheren Umgebung hinterlegt sei, dass es in Schmallenberg mehrfach vorkommende Straßennamen gibt und der Anrufer dann nach dem Ortsteil gefragt werde. In dem angesprochenen Fall sei der Rettungswagen aus Olpe gekommen und da sei dann ein Fehler passiert.

Herr Vollmer äußert zum Stichwort Demokratieverständnis, dass keiner gerne eine Straße umbenenne, denn das gebe Ärger. Daher bedürfe es vorher einer vernünftigen Kommunikation und Konsequenzen müssen aufgezeigt werden. Politische Gremien müssen auch schon mal unangenehme Entscheidungen treffen.

Herr Schrewe findet es wichtig, dass der Rat im weiteren Verlauf einheitlich zur getroffenen Entscheidung stehe. Deshalb solle die Entscheidung bei diesem sensiblen Thema einstimmig sein.

TOP 8.3 Radwegekonzept

Herr Ewers spricht einen heutigen Zeitungsartikel über das Planen und Bauen von Radwegen in Nordrhein-Westfalen und der darin erwähnten Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) an, der 94 Kommunen angehören. Er möchte wissen, ob die Stadt Schmallenberg auch dazugehöre.

Herr Dicke teilt mit, dass die Stadt Schmallenberg kein Mitglied der AGFS sei. Aber der Hochsauerlandkreis habe einen Fahrradbeauftragten. Die Vorstellung des Radwegekonzepts sei für die nächste Sitzungsrunde vorgesehen.

TOP 8.4 Schulentwicklung Grundschulen - Grundschulverbund Berghausen-Dorlar

Herr König spricht die Entwicklung des Grundschulverbund Berghausen-Dorlar an. Aufgrund der Schülerzahlenentwicklung sei absehbar, dass beide Standorte nicht aufrechterhalten werden können. Nachdem sich der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur am 09.02.2022 mit dem Thema beschäftigt habe, habe am 14.02.2022 eine Veranstaltung zur Information der Eltern stattgefunden. Er habe das Meinungsbild der Veranstaltung so wahrgenommen, dass sich eine große Mehrheit der Eltern einen einheitlichen Standort in Berghausen wünsche. Nun werde das Votum der Schulpflegschaft abgefragt. Der Elternabend sei sehr sachorientiert gewesen. Aus heutiger Sicht sei vorgesehen, die Änderung zum Schuljahr 2023/24 umzusetzen. Die Eltern hätten den Wunsch geäußert, dies schon zum kommenden Schuljahr umzusetzen. Die Verwaltung prüfe gerade, ob dies möglich sei. Mittelfristig werde aber spätestens zum Schuljahr 2023/24 ein weiterer Klassenraum am Standort Berghausen benötigt.

Herr Ewers formuliert die Frage, ob man dabei auch an das neue Baugebiet in Dorlar gedacht habe. Das solle man nicht aus den Augen lassen.

Herr König erklärt, dass den Eltern wichtig gewesen sei, die Schüler alle vier Jahre an einem Standort sowie Geschwisterkinder und Kinder eines Ortes an einem Standort zu beschulen.

Herr Ewers fragt weiter, ob man sich über die Fahrerei schon im Klaren sei.

Herr König führt aus, dass er die Botschaft gesandt habe, wenn sich die Eltern für eine Lösung entscheiden, dann werde die Stadt sowohl die baulichen Voraussetzungen schaffen als auch die Schülerbeförderung organisieren.